



Dänischenhagen, den 13. März 2017

An das
Schleswig-Holsteinische
Landesverfassungsgericht
Brockdorff-Rantzau-Straße 13
24837 Schleswig

Zweitausfertigung

LVerfG 1/17

In dem oben bezeichneten Organstreitverfahren zeige ich an, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner 142. Sitzung am 24. Februar 2017 auf der Grundlage des Berichts und der Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses,

LT-Drucks. 18/5185,

beschlossen hat:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag tritt dem oben genannten Verfahren bei.
2. Es wird Stellung genommen und dabei zum Ausdruck gebracht, dass die Klage zurückzuweisen ist.

Vorläufiges Beschlussprotokoll über die 50. Tagung des Landtages,
140. Sitzung am 22. Februar 2017, S. 19.

Der Landtag hat mich mit der Vertretung seiner Interessen in diesem Verfahren beauftragt. Dies ergibt sich aus der Vollmacht, die der unter dem heutigen Datum eingereichten Antragserwiderung des Antragsgegners beigelegt ist.

Anlage AG 1 zu dem Schriftsatz des Antragsgegners vom 13. März 2017.

Namens und im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtags erkläre ich

den Beitritt des Landtags zu dem Organstreitverfahren LVerfG 1/17.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag schließt sich den Ausführungen und Anträgen in dem Schriftsatz des Antragsgegners vom 13. März 2017 vollumfänglich an.

Professor Dr. Florian Becker

Professor Dr. jur. Florian Becker



Dänischenhagen, den 13. März 2017

An das
Schleswig-Holsteinische
Landesverfassungsgericht
Brockdorff-Rantzau-Straße 13
24837 Schleswig

Zweitausfertigung

LVerfG 1/17


In dem Organstreitverfahren (Art. 51 Abs. 2 Nr. 1 LVerf SH, §§ 3 Nr. 1, 35 ff. LVerfGG SH)
des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

- Antragsteller -

gegen

den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

- Antragsgegner -

Prozeßbevollmächtigter: Professor Dr. Florian Becker, 
24229 Dänischenhagen,

wegen eines Ordnungsrufs in der 48. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 14.
Dezember 2016

zeige ich an, dass mir der Antragsgegner Vollmacht gem. § 19 Abs. 1 LVerfGG SH erteilt
und mich zur Durchführung des in der Vollmacht bezeichneten Organstreitverfahrens beauf-
tragt hat,

Anlage AG 1.

Namens und im Auftrag des Antragsgegners beantrage ich,

den Antrag zurückzuweisen.

Dem Antragsteller stand bei Abgabe der den streitgegenständlichen Ordnungsruf auslösenden Erklärung kein Rederecht zu, weil er gemeinsam mit allen übrigen Abgeordneten über dieses bereits zu Beginn der Sitzung mit Feststellung der Tagesordnung und dem darin enthaltenen Verzicht auf eine Aussprache zu der Wahl des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs verfügt hatte.

Die Abgabe einer Erklärung zur Abstimmung war angesichts des Stimmverhaltens des Antragstellers weder geschäftsordnungsrechtlich zulässig noch entsprach seine Äußerung inhaltlich einer solchen Erklärung.

Dementsprechend musste der Landtagspräsident einen Ordnungsruf erteilen, um die Einhaltung der zu der festgestellten Tagesordnung getroffenen Vereinbarungen zu sichern und unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung aller Abgeordneten zu gewährleisten, dass der Antragsteller nicht ein Instrument der Geschäftsordnung missbraucht, um ihm nicht zustehende Redezeit zu usurpieren.

Inhaltsübersicht

I. Kein Rederecht des Abgeordneten	5
1. Verfassungsrechtlicher Grund des Rederechts	5
2. Einschränkung des parlamentarischen Rederechts durch Regeln der Geschäftsordnung.....	5
3. Geschäftsordnungsautonomie als Grundlage für die Regelung der Redeordnung	7
a) Geschäftsordnungsautonomie und Statusrechte.....	7
b) Formen parlamentarischer Äußerungen.....	8
c) Ausschluss einer Aussprache bei Wahlen.....	9
4. Verzicht auf das Rederecht durch den Antragsteller	11
5. Zwischenergebnis.....	13
6. Unzulässiger inhaltlicher Redebeitrag außerhalb einer Aussprache	14
a) Erklärung zur Abstimmung als besondere Form einer parlamentarischen Äußerung.....	14
b) Abgrenzung hinsichtlich Inhalt und Anlass	14
c) Beispiele aus der parlamentarischen Praxis	16
aa) Abgrenzung von Stimmverhalten der Fraktion oder Regierung	16
bb) Versehentliches Abstimmungsverhalten	18
cc) Pairing	18
7. Die „Erklärung zur Abstimmung“ des Antragstellers.....	19
a) Kein Anlass zu einer Erklärung zur Abstimmung	19
b) Kein Inhalt einer Erklärung zur Abstimmung	20

8. Irrelevanz der Maßstäbe für Plenardebatten wegen Verzichts auf Rederecht	21
9. Zwischenergebnis.....	22
II. Anwendung und Durchsetzung der Regeln der Geschäftsordnung	22
1. Disziplinargewalt des Landtagspräsidenten	23
2. Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs	23
a) Anwendung von § 66 Abs. 1 LTGO SH.....	23
b) Keine Zweckentfremdung des Ordnungsrufs	27
c) Schriftliche Begründung des Antragsgegners.....	29
d) Keine Verwirkung.....	30
B. Ergebnis.....	33

A. Zur Begründetheit des Antrags

Der Antragsteller begehrt die Feststellung, dass der Antragsgegner ihn durch seinen ihm in der 48. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 14. Dezember 2016 gegenüber ausgebrachten Ordnungsruf in seinen verfassungsmäßigen Rechten aus Art. 17 Abs. 1 LVerf SH verletzt hat.

I. Kein Rederecht des Abgeordneten

Der Antragsgegner hat den Antragsteller durch einen Ordnungsruf anlässlich einer in einer Sitzung des Parlaments getätigten Erklärung förmlich sanktioniert.

Der Antragsteller sieht hierin eine Verletzung seines parlamentarischen Rederechts,

Antragsschrift, S. 7 ff.

Allerdings stand dem Antragsteller dieses Rederecht zu dem Zeitpunkt von Erklärung und Ordnungsruf gar nicht mehr zu, weil er über dessen Ausübung durch Verzicht verfügt hatte.

1. Verfassungsrechtlicher Grund des Rederechts

Das parlamentarische Rederecht gehört zu den verfassungsrechtlich gewährleisteten Statusrechten aller Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Es wird ebenso wie das Rederecht des Abgeordneten im Parlament auf der Ebene der Bundesverfassung der allgemeinen Beschreibung des Abgeordnetenstatus (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) entnommen,

BVerfGE 60, 374 (379), 80, 188 (217 f.) für die Bundesebene; hier in Art. 17 Abs. 1 LVerf SH anzusiedeln, *Waack*, in: Caspar/Ewer/Nolte/ders. (Hrsg.), Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (2006), Art. 11 Rn. 21 f.

2. Einschränkung des parlamentarischen Rederechts durch Regeln der Geschäftsordnung

Es handelt sich bei dem parlamentarischen Rederecht um ein individuelles Recht des einzelnen Abgeordneten,

BVerfGE 80, 188 (218).

Wie nahezu alle verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechte – unabhängig davon ob sie grund- oder statusrechtlicher Natur sind – kann aber auch das Rederecht nicht grenzenlos wahrgenommen werden.

Hierfür gibt es zwei Gründe.

Erstens wäre eine geordnete und auf ein Ergebnis abzielende parlamentarische Debatte, die der Integrationsfunktion des Landtags ebenso wie der an ihn gerichteten Erwartung der effektiven Erledigung anstehender Aufgaben gerecht wird, nicht möglich,

zu Zweck und Funktionen der parlamentarischen Debatte *Zeh*, in: Schneider/ders. (Hrsg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis (1989), § 32 Rn. 16 ff.,

wenn die parlamentarische Aussprache regellos verlief; wenn mithin jeder Abgeordnete zu jedem Thema oder auch unabhängig von diesem so lange wie es ihm beliebt reden könnte. Eine so konzeptionierte Schrankenlosigkeit würde das Parlament lahmlegen und damit die Problemlösungskapazität der repräsentativen Demokratie unterminieren.

Neben diese institutionelle Begründung für die Gestaltung und damit Einschränkung des parlamentarischen Rederechts tritt *zweitens* das Erfordernis der parlamentarischen Gleichbehandlung aller Abgeordneten. Die grundsätzliche Gleichheit der Abgeordneten in Ansehung ihres Rederechts folgt aus ihrer Gleichheit bei der Ausübung des Mandats und der damit verbundenen gleichmäßigen Zuweisung von Statusrechten. Alle Statusrechte aller Abgeordneten müssen zum Zwecke ihrer geordneten Wahrnehmung aufeinander abgestimmt und damit einhergehend auch begrenzt werden,

BVerfGE 80, 188 (217 f.); *Waack*, in: Caspar/Ewer/Nolte/ders. (Hrsg.), Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (2006), Art. 11 Rn. 29 ff.

In der gleichen Teilhabe aller Abgeordneten an den Befugnissen des Parlaments durch ihre streng formale Gleichbehandlung bei der Zuteilung von parlamentarischen Rechten und Pflichten setzt sich die wahlrechtliche Gleichheit der Wähler (Art. 4 Abs. 1 LVerf SH) im Parlament bzw. in den jeweiligen parlamentarischen Mitwirkungsrechten fort,

SchlHVerfG, NVwZ-RR 2014, S. 3 ff. (3 f.) zu differenzierenden Zulagen zu den Diäten; s.a. *Wiefelspütz*, in: Morlok/Schliesky/ders. (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 12 Rn. 22.

Zeit und politische Aufmerksamkeit sind knappe Güter. Außerhalb des parlamentarischen Verfahrens steht es jedem Abgeordneten frei, die Zeit seiner Zuhörer in Anspruch zu nehmen und um politische Aufmerksamkeit zu werben. Impertinenz oder mangelnde Überzeugungskraft werden hier durch Aufmerksamkeitsentzug sanktioniert.

Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens verträgt es hingegen der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht, wenn sich einzelne Abgeordnete außerhalb der vom Parlament selbst gesetzten Regeln zusätzliche Rechte – und Redezeiten – anmaßen. Das Sanktionsmittel des Aufmerksamkeitsentzugs funktioniert in einer Umgebung, in der eine Tagesordnung abzuarbeiten ist und in der Anwesenheitspflicht gilt (vgl. § 47 Abs.1 LTGO SH), nur bedingt.

Die Verwirklichung der streng formalen Gleichheit der Abgeordneten im Parlament verbietet den Wildwuchs parlamentarischer Debatten, da ansonsten derjenige, der sich gleichsam „außer der Reihe“ und über die Maßen hinaus Gehör verschafft, dies auf Kosten der übrigen Abgeordneten und ihrer Redeanteile tut. Daher dienen Begrenzung, Bemessung und Verteilung der Debattenzeiten als Kernthema der parlamentarischen Redeordnung,

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 32,

unmittelbar der statusrechtlichen Gleichheit aller Abgeordneten.

3. Geschäftsordnungsautonomie als Grundlage für die Regelung der Redeordnung

Grundlage für die Regelungen zur Ordnung der parlamentarischen Rederechte bildet die Geschäftsordnungsautonomie des Landtags, aufgrund derer das Parlament seine Arbeit und die Erledigung seiner Aufgaben auf der Grundlage der Beteiligung aller Abgeordneten zu organisieren hat,

BVerfGE 80, 188 (218 f.) zur analogen Regelung auf der Ebene des Bundes.

a) Geschäftsordnungsautonomie und Statusrechte

Die Ausübung der parlamentarischen Statusrechte im Allgemeinen und des parlamentarischen Rederechts im Besonderen unterliegt den vom Parlament kraft seiner ihm nach Art. 20 Abs. 1 Satz 1 LVerf SH zustehenden Geschäftsordnungsautonomie gesetzten Schranken,

Köhler, Die Rechtsstellung der Parlamentspräsidenten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben im parlamentarischen Geschäftsgang (2000), S. 178; *Besch*, in: Schneider/Zeh (Hrsg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis (1989), § 33 Rn. 7; BVerfGE 60, 374 (379) zur analogen Regelung auf der Ebene des Bundes.

Den Regelungen aufgrund der Geschäftsordnungsautonomie und ihrer Durchsetzung mit Mitteln des parlamentarischen Disziplinarrechts wohnt mit Blick auf die Statusrechte der im Parlament versammelten Abgeordneten ein ambivalenter Charakter inne: Die konkrete Regel und deren Durchsetzung beschränkt ein im Ausgangspunkt als unbeschränkt gedachtes Recht; dies geschieht aber lediglich, um die Rechte der übrigen Abgeordneten und des Parlaments insgesamt zu schützen,

BVerfGE 80, 188 (219); s.a. z.B. VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 47 ff.

b) Formen parlamentarischer Äußerungen

Ein ganz maßgeblicher Aspekt der die parlamentarische Disziplin im Allgemeinen und die Gleichheit der parlamentarischen Mitwirkungsrechte aller Abgeordneten im Besonderen gewährleistenden Strukturierung der parlamentarischen Debatte besteht darin, dass die Geschäftsordnung des Landtags verschiedene Arten parlamentarischer Äußerungen konstituiert: „In allen Geschäftsordnungen werden mehrere parlamentarische Äußerungsformen aufgeführt, die sich vom Inhalt des Redebeitrags grundsätzlich unterscheiden und an verschiedene Voraussetzungen geknüpft sind“.

Köhler, Die Rechtsstellung der Parlamentspräsidenten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben im parlamentarischen Geschäftsgang (2000), S. 131, i.e. 131 ff.

Der Landtag Schleswig-Holsteins hat das parlamentarische Rederecht insbesondere in dem XI. Abschnitt seiner Geschäftsordnung geregelt. Es realisiert sich in erster Linie in den Redebeiträgen im Laufe der parlamentarischen Debatte nach einer Worterteilung zur Sache (vgl. § 52 Abs. 1 LTGO SH). Hier ist der Redner berechtigt, inhaltlich zu einem Beratungsgegenstand Stellung zu nehmen. Grundsätzlich kann über jeden Gegenstand, der auf der Tagesordnung einer Landtagstagung aufgeführt ist und zu dem der Landtagspräsident daher die Beratung eröffnet (vgl. § 50 Abs. 3 LTGO SH), eine Aussprache erfolgen. Allerdings finden aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen Tagesordnungspunkte und aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit nur über einen Teil der Tagesordnungspunkte

Aussprachen statt. Auch kann es – wie hier – gefestigter parlamentarischer Praxis oder gar einer gesetzlichen Vorgabe entsprechen, dass über bestimmte Beratungsgegenstände keine Aussprache stattfindet.

Neben dem typischen Fall der parlamentarischen Debatte und der sie prägenden parlamentarischen Rede sieht die Geschäftsordnung noch andere parlamentarische Äußerungsformen vor; so etwa die hier bedeutsame Erklärung zur Abstimmung (§ 64 Abs. 2 Satz 1 LTGO SH), aber auch Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen (§ 53 LTGO SH), Bemerkungen zur Geschäftsordnung (§ 54 LTGO SH) und persönliche Bemerkungen (§ 55 LTGO SH) vor.

Alle diese Erklärungen außerhalb des parlamentarischen Debattenbeitrags zu einer Aussprache sind hinsichtlich ihres Inhalts, ihres Anlasses, ihres Zeitpunkts und/oder ihrer Dauer beschränkt, damit von dem gewöhnlichen Redebeitrag zu unterscheiden und mit diesem auch nicht substituierbar, weil ansonsten die unter dem Blickwinkel der Gleichbehandlung aller Abgeordneten und Fraktionen austarierte Redeordnung unterlaufen würde.

c) Ausschluss einer Aussprache bei Wahlen

In besonderen Fällen sind Aussprachen bei einem Beratungsgegenstand sogar einfachgesetzlich,

z.B. § 6 Abs. 3 Satz 1 LVerfGG SH zur Wahl der Richter am Landesverfassungsgericht; § 35 Abs. 1 Satz 1 LDSG SH zur Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz,

oder verfassungsrechtlich,

z.B. Art. 33 Abs. 2 Satz 1 LVerf SH zur Wahl des Ministerpräsidenten,

untersagt. Wie die angeführten Beispiele zeigen, ist dies typischerweise bei Wahlen der Fall, um entweder die zur Wahl stehende Person, das zu besetzende Amt oder aber die vorschlagende Institution,

so die gängige Begründung für das Ausspracheverbot bei der Wahl des Bundeskanzlers nach Art. 63 Abs. 1 GG (Schutz des vorschlagenden Bundespräsidenten; *Epping*, in: ders./Hillgruber (Hrsg.), BeckOK GG (2016), Art. 63 Rn. 18),

zu schützen. Für die Vermeidung von Personaldebatten streiten hier die Ansprüche an den parlamentarischen Stil,

Herzog, in: Maunz/Dürig et al. (Hrsg.), Grundgesetz (2008), Art. 63 Rn. 28,

der es gebietet, Personen nicht bereits vor Antritt ihres Wahlamts zum Gegenstand politischer Kontroversen werden zu lassen.

Soweit es – wie im Fall der hier relevanten Wahl nach § 4 Abs. 1 LRHG SH – weder verfassungsrechtliche noch einfachgesetzliche Vorgaben zu der Möglichkeit einer Aussprache im Vorfeld einer Wahl durch das Parlament gibt, spricht einiges dafür, ein Absehen von einer solchen Aussprache zumindest als parlamentarische Usance anzunehmen, wenn man nicht sogar im Wege der Rechtsanalogie ein solches Verbot in § 4 Abs. 1 LRHG SH hineinlesen kann, da sich der Gesetzgeber des Jahres 1991, in dem dieses Gesetz in der vorliegenden Struktur das nicht mehr mit der schleswig-holsteinischen Verfassung vereinbare Vorgängergesetz abgelöst hatte,

Gesetz über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein vom 2. Januar 1991 (GVBl. 1991, S. 3),

unter keinem Gesichtspunkt mit dieser Modalität der Wahl auseinandergesetzt hatte,

vgl. den Gesetzentwurf vom 7. November 1990, LT-Drucks. 12/1114, den Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 5. Dezember 1990, LT-Drucks. 12/1168 sowie die beiden Plenardebatten: Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (12. Wahlperiode), 65. Sitzung, 14. November 1990, S. 3859 ff. sowie 67. Sitzung, 11. Dezember 1990, S. 3968 ff.; auch der Änderungsantrag der CDU-Fraktion berührt diese Frage nicht (LT-Drucks. 12/1187).

Es ist also durchaus naheliegend, in § 4 Abs. 1 LRHG SH angesichts der nachfolgenden legislativen Entwicklung bei Erlass der späteren Gesetze, aufgrund derer der Landtag Amtsträger ohne Aussprache wählt,

s.o.; die Regelung des § 6 Abs. 3 Satz 1 LVerfGG SH stammt aus dem Jahr 2008, die des § 35 Abs. 1 Satz 1 LDSG SH stammt aus dem Jahr 2000,

eine unbewusste Regelungslücke zu entdecken, die durch eine analoge Anwendung des Ausspracheverbots gefüllt werden muss.

In jedem Fall aber entspricht es in dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gefestigter parlamentarischer Praxis, dass anlässlich von Wahlen eine Aussprache über die zu wählende Per-

son nicht stattfindet. Daran hat sich in der Vergangenheit auch der Antragsteller gehalten. Auch die Beachtung einer solchen parlamentarischen Gewohnheit kann mit den Mitteln des dem Landtagspräsidenten zur Verfügung stehenden Ordnungsrechts sanktioniert werden.

4. Verzicht auf das Rederecht durch den Antragsteller

Auch ohne endgültige Klärung dieser Frage fand allerdings eine Aussprache zu dem hier relevanten Tagesordnungspunkt nicht statt. Alle Abgeordneten und damit auch der Antragsteller hatten diesen Umstand zu Beginn der Tagung durch konkludenten Beschluss über die Tagesordnung ohne Änderungswunsch akzeptiert und damit auf ihr parlamentarisches Rederecht verzichtet.

Das parlamentarische Rederecht des einzelnen Abgeordneten kann sich indes nur im Rahmen einer parlamentarischen Aussprache entfalten. Auf eben eine solche hatten der Landtag und damit auch der Antragsteller und seine Fraktion allerdings verzichtet: Die Aufstellung der Tagesordnung für jede Plenarsitzung sowie die Verteilung der entsprechenden Redezeiten erfolgt im Ältestenrat durch Verständigung der Fraktionen

zu dieser üblichen Vorbereitung der Tagesordnung: *Fensch*, in: Arens (Hrsg.), Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags (1999), S. 186.

Dies erfolgt allerdings zunächst nur vorläufig. Die verbindliche Feststellung der Tagesordnung, die zuvor lediglich ein Entwurf oder Vorschlag ist, erfolgt erst durch das Plenum, regelmäßig allerdings nicht durch förmliche Beschlussfassung, sondern durch Ausbleiben von Widerspruch mittels Änderungsantrag

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 13.

Die Fraktion des Antragstellers – wie auch alle anderen Fraktionen – hatte bei der der Festlegung der vorläufigen Tagesordnung durch den Landtagspräsidenten (§ 51 Abs. 1 Satz 1 LTGO SH) vorausgehenden Besprechung im Ältestenrat für den Tagesordnungspunkt „Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holsteins“ auf eine Aussprache verzichtet.

Zu Beginn der 135. Sitzung am Mittwoch, den 14. Dezember 2016 verkündete der Landtagspräsident die in dem Ältestenrat vereinbarte Vorgehensweise im Einzelnen und insbesondere benannte er die Tagesordnungspunkte, bei denen keine Aussprache vorgesehen war. Im Ein-

klang mit der Verständigung im Ältestenrat regte sich hierbei keinerlei Widerspruch von Fraktionen oder Abgeordneten. Dies quittierte der Landtagspräsident mit der Feststellung: „Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren“,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode),
135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11270.

Mithin hat der Antragsteller dem Verzicht auf eine Aussprache zugestimmt und damit zugleich durch Verzicht über sein Rederecht verfügt.

Auf diesen zu Beginn der Tagung mit Annahme der Tagesordnung erklärten Verzicht durch alle Fraktionen und Abgeordneten hatte der Landtagspräsident bei Eröffnung der Beratung zu dem hier bedeutsamen Tagesordnungspunkt und damit unmittelbar vor der Worterteilung an den Antragsteller noch einmal informatorisch hingewiesen,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode),
135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11341.

Zu keinem Zeitpunkt hatte sich von Seiten des Antragstellers oder von Seiten seiner Fraktion irgendeine Form von Widerspruch geregt, obwohl dies zumindest zu Beginn der Tagung bei Feststellung der Tagesordnung noch möglich gewesen wäre. Der Antragsteller oder seine Fraktion, in deren Sinne er im Rahmen seiner Erklärung zur Abstimmung inhaltlich Stellung genommen hat,

„Wir PIRATEN...“; Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag
(18. Wahlperiode), 135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11341.

hätten es mithin – vorbehaltlich der zumindest zweifelhaften Zulässigkeit einer solchen Aussprache – in der Hand gehabt, noch zu Beginn der Tagung dafür Sorge zu tragen, dass eine inhaltliche Aussprache zu dem Wahlvorschlag der Landesregierung stattfindet.

Ein solcher Verzicht auf die Ausübung eines Statusrechts ist im Einzelfall ohne weiteres zulässig. Es ist angesichts des beschränkten Zeitbudgets einer Parlamentstagung gängige Praxis, dass eine Aussprache nur über einen Teil der behandelten Tagesordnungspunkte erfolgt. Aufgrund der o.a. Möglichkeit, die beschränkte Redezeit in einer Parlamentssitzung zu strukturieren und zu kontingentieren, ist gegen das Fehlen einer Aussprache bei einzelnen Tagesordnungspunkten aus verfassungsrechtlicher Sicht nichts einzuwenden. Insbesondere stellt die fehlende Möglichkeit, unter diesen Bedingungen zu einer bestimmten Sachfrage zu sprechen, keine Verletzung des parlamentarischen Rederechts des Antragstellers dar.

Es ist nicht verständlich, warum sowohl die Fraktion des Antragstellers im Ältestenrat als auch der Antragsteller selbst bei Feststellung der Tagesordnung hiervon abgesehen haben – wenn man nicht den Umstand miteinbeziehen möchte, dass ein geplanter Regelverstoß mit den absehbaren disziplinarischen und nunmehr auch gerichtlichen Konsequenzen mehr Aufmerksamkeit auf das politische Anliegen des Antragstellers lenkt als ein gewöhnlicher Beitrag zur parlamentarischen Aussprache.

5. Zwischenergebnis

Das parlamentarische Rederecht des Antragstellers ist wie das aller Abgeordneten durch die Regelungen der Geschäftsordnung bedingt, geordnet und begrenzt. Es entfaltet sich in der parlamentarischen Aussprache.

Allerdings hatten sowohl der Abgeordnete als auch seine Fraktion wirksam auf eine Aussprache zu dem hier relevanten Tagesordnungspunkt verzichtet.

Zudem wäre eine Aussprache über den fraglichen Punkt der Tagesordnung wohl auch aus rechtlichen Gründen nicht zulässig gewesen; jedenfalls entspricht ein solcher Verzicht dem gefestigten Brauch des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Gegen einen individuellen oder auch kollektiven Verzicht auf eine Aussprache zu einem Beratungsgegenstand bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken; insbesondere verletzt er nicht seinerseits das parlamentarische Rederecht der Abgeordneten.

Damit sind die Ausführungen des Antragstellers zu Grund und Grenzen seines parlamentarischen Rederechts,

Antragsschrift, S. 7 ff.

insoweit in dem vorliegenden Zusammenhang nicht von Bedeutung, als er über dieses Recht für den Zeitpunkt seiner Erklärung wirksam durch Verzicht verfügt hatte.

Damit ist es auch nicht denkbar, dass der Landtagspräsident durch seinen Ordnungsruf in dieses Recht eingegriffen hat.

6. Unzulässiger inhaltlicher Redebeitrag außerhalb einer Aussprache

Obwohl eine Aussprache zu dem hier relevanten Tagesordnungspunkt – wie zuvor dargestellt – nicht vorgesehen war, hat der Antragsteller sich eines nicht diesem Zweck gewidmeten Instruments bedient, um zu der Wahl in unzulässiger Weise inhaltlich Stellung zu nehmen.

a) Erklärung zur Abstimmung als besondere Form einer parlamentarischen Äußerung

Im Zusammenhang mit Abstimmungen sieht § 64 Abs. 2 Satz 1 LTGO SH als Sonderform der parlamentarischen Äußerung außerhalb der parlamentarischen Debatte vor, dass jede „Abgeordnete oder jeder Abgeordnete ... das Recht [hat], ihre oder seine Abstimmung kurz zu begründen“.

Genau wie die übrigen Sonderformen parlamentarischer Äußerungen ist auch die Erklärung zur Abstimmung nicht einfach ein „kleiner“ Beitrag zu einer parlamentarischen Debatte. Sie unterliegt anderen Beschränkungen und ist nur anlassgebunden nutzbar. Dies wird bereits durch ihre Einordnung in die Geschäftsordnung des Landtags deutlich: § 64 Abs. 2 LTGO SH findet sich im Abschnitt XII der Geschäftsordnung über die „Abstimmung“, nicht dagegen im Abschnitt XI über die „Redeordnung“. Die Formulierung der Vorschrift macht ebenfalls deutlich, dass die Erklärung zur Abstimmung als weitere Form der parlamentarischen Äußerung sowohl zeitlich („kurz“) als auch inhaltlich (Begründung des Abstimmungsverhaltens) beschränkt ist.

Das zentrale Argument des Antragstellers geht nun dahin, dass sein Abstimmungsverhalten allein durch dessen politische Kontextualisierung erläutert werden könne,

Antragsschrift, S. 11: etwas anderes sei „schlichtweg unmöglich“,

so dass eine Erklärung zur Abstimmung letztlich sinnvoll nur in der von dem Antragsgegner beanstandeten Form und mit dem entsprechenden Inhalt abgegeben werden könne.

Diese Argumentation verkennt den Sinn der Erklärung zur Abstimmung.

b) Abgrenzung hinsichtlich Inhalt und Anlass

Die Erklärung zur Abstimmung ist in mehrfacher Hinsicht von einem Redebeitrag im Rahmen einer parlamentarischen Debatte zu unterscheiden. Bezeichnung und Anlass machen entgegen der Ansicht des Antragstellers

Antragsschrift, S. 11,

deutlich, dass die Beschränkung nicht nur zeitlicher Natur ist. Eine Erklärung zur Abstimmung soll den Abgeordneten die Möglichkeit bieten, eine eigene Entscheidung in der Sache kurz und knapp zu begründen. Es darf sich bei der Erklärung zur Abstimmung nicht um einen (verkappten) Diskussionsbeitrag handeln,

Trossmann, Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages (1977), § 59 Rn. 6 m.w.N. aus der parlamentarischen Praxis des Bundestags.

Dies wird schon daran deutlich, dass sich derartige Erklärungen nicht mit anderen vorgetragenen Auffassungen inhaltlich auseinandersetzen dürfen,

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 18.

Im Rahmen einer solchen Erklärung muss der Abgeordnete sich daher, um die Abgrenzung zu einem normalen Debattenbeitrag sicherzustellen, jeder Polemik gegen die Regierung, andere Mitglieder des Hauses oder Fraktionen enthalten,

Winkelmann, in: Ritzel/Bücker/Schreiner/ders. (Hrsg.), Handbuch für die Parlamentarische Praxis (Loseblatt, Stand des Gesamtwerks: 2016), § 31 I (1) (c).

Bereits aus diesen Beschränkungen wird deutlich, dass es sich bei der Erklärung zur Abstimmung nicht um einen verkappten Beitrag zu einer Aussprache handeln darf. Sie soll weder Gegenstand noch Auslöser einer Sachdiskussion sein.

Vielmehr ist die Erklärung zur Abstimmung zunächst vor allem anhand ihres Anlasses von einem Debattenbeitrag zu unterscheiden: Das Instrument bezweckt, ein ungewöhnliches und nicht zu erwartendes Stimmverhalten einer Fraktion oder Person zu erläutern.

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 18 zur insoweit gleichen Rechtslage auf der Ebene des Bundes.

Dieses komplementäre Verhältnis einer Erklärung zur Abstimmung zu dem Debattenbeitrag in einer Aussprache wird daran deutlich, dass einem Abgeordneten, der schon in der Debatte das Wort ergriffen hatte, eine Erklärung zur Abstimmung nicht mit der Begründung verweigert werden kann, dass er bereits Gelegenheit gehabt habe, seine Position darzulegen,

Winkelmann, in: Ritzel/Bücker/Schreiner/ders. (Hrsg.), Handbuch für die Parlamentarische Praxis (Loseblatt, Stand des Gesamtwerks: 2016), § 31 I (1) (c) für die insoweit identische Rechtslage im Bundestag.

Könnte sich der Redner nun im Rahmen seiner Erklärung zur Abstimmung Redezeit verschaffen, läge hierin ein Verstoß gegen die der Redeordnung zugrunde liegende Notwendigkeit einer Gleichbehandlung aller Abgeordneten und Fraktionen. Diese wäre nicht durch das parlamentarische Rederecht zu legitimieren, weil der Abgeordnete auf dieses zuvor wirksam verzichtet hatte.

c) Beispiele aus der parlamentarischen Praxis

Diese Charakterisierung der Erklärung zur Abstimmung bestätigt die parlamentarische Praxis in Schleswig-Holstein. Verfolgt man die parlamentarischen Verhandlungen zurück, wird erkennbar, dass Erklärungen zur Abstimmung in drei verschiedenen Zusammenhängen abgegeben worden sind.

aa) Abgrenzung von Stimmverhalten der Fraktion oder Regierung

Stimmt etwa eine Abgeordnete bewusst anders als die Fraktion ab, der sie angehört, ergibt sich hieraus ein Erklärungsbedarf.

Beispiel hierfür etwa: *Happach-Kasan*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (13. Wahlperiode), 114. Sitzung, 21. Februar 1996, S. 8123; *Kayenburg*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (16. Wahlperiode), 121. Sitzung, 23. Juli 2009, S. 8904 zur „unechten“ Vertrauensfrage (Abstimmungsverhalten ist ebda., S. 8946, dokumentiert).

Ein ähnlich gelagerter Anwendungsfall für die Erklärung zur Abstimmung liegt vor, wenn eine Abgeordnete sich von den Erwägungen ihrer Fraktion distanziert und aus diesem Grund nicht die in ihr Abstimmungsverhalten gesetzten Erwartungen erfüllt,

Kleiner, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (15. Wahlperiode), 134. Sitzung, 27. Januar 2005, S. 10455. „Sie haben sich möglicherweise über mein Abstimmungsverhalten gewundert...“.

Dies gilt erst recht, wenn sie den regierungstragenden Fraktionen angehört,

Erdsiek-Rave, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (15. Wahlperiode), 36. Sitzung, 12. Juli 2001, S. 2713.

Ein weiterer dem Sinn und Zweck des Instruments entsprechender Anwendungsfall der Erklärung zur Abstimmung liegt vor, wenn eine Fraktion aus konkreten Gründen in einer Abstimmung von ihrer allgemein erklärten politischen Linie abweicht,

Kubicki, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (15. Wahlperiode), 128. Sitzung, 11. November 2004, S. 9953.

Auch hier ergab sich die Notwendigkeit, ein nicht zu erwartendes Abstimmungsverhalten zu erläutern.

Es sind Fälle nachweisbar, in denen vor allem der Antragsteller sich kurz zur Sache selbst geäußert hat. Allerdings war auch hier ein außergewöhnliches Stimmverhalten Anlass der Erklärung zur Abstimmung, weil der Antragsteller bei einem ansonsten einstimmigen Ergebnis als einziger Abgeordneter mit „Nein“ gestimmt hatte bzw. vom Abstimmungsverhalten seiner Fraktionskollegen abwich,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 82. Sitzung, 19. Februar 2015, S. 6914, und 134. Sitzung, 18. November 2016, S. 11239.

In diesen Fällen entsprach also zumindest der Anlass der Erklärung zur Abstimmung der Geschäftsordnung.

Allerdings hatte sich der Antragsteller schon zuvor den Regeln der Geschäftsordnung für eine Erklärung zur Abstimmung entzogen, indem er trotz eines von ihm vorab erwarteten und auch politisch aus seiner Sicht konsequenten Abstimmungsverhalten eine Erklärung zur Abstimmung abgab oder er aber inhaltlich Stellung bezog. In einem Fall ließ der amtierende Landtagspräsident ein solches Verhalten ungeahndet,

bei einer inhaltlichen Äußerung *aller* Mitglieder der PIRATEN im Gewand einer Erklärung zur Abstimmung, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 32. Sitzung, 21. Juni 2013, S. 2630 f.

In einem anderen Fall wurde der soeben neu in den Landtag eingezogene Antragsteller von der amtierenden Landtagspräsidentin (milde) gerügt bzw. auf die inhaltliche Beschränkung einer Erklärung zur Abstimmung hingewiesen,

z.B. *Fritzen*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 3. Sitzung, 13. Juni 2012, S. 91: „Ich weise Sie darauf hin, dass Sie noch etwas zu Ihrem Abstimmungsverhalten sagen können, aber nicht inhaltlich zu Ihrem Antrag“.

Diese Beispiele zeigen, dass der Antragsteller in der Vergangenheit durchaus erkannt hat, dass der Zweck einer Erklärung zur Abstimmung ein in dem hier dargelegten Sinne besonderer sein muss und einen entsprechenden, sich aus der Abstimmung ergebenden Anlass erfordert. Zumindest ist ihm dies durch Hinweise der amtierenden Sitzungspräsidentin vor Augen geführt worden.

bb) Versehentliches Abstimmungsverhalten

Des Weiteren ist es üblich, eine Erklärung zur Abstimmung abzugeben, wenn eine Stimmabgabe insoweit „falsch“ erfolgt ist, als dass die Abgeordnete eigentlich anders abstimmen wollte, dies aber aus Versehen – etwa weil die Aufmerksamkeit auf etwas anderes gerichtet war – nicht getan hat,

Spoorendonk, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (16. Wahlperiode), 22. Sitzung, 22. Februar 2006, S. 1539.

cc) Pairing

Das im parlamentarischen Verfahren übliche „pairing“ stellt sicher, dass bei Abstimmungen unter den Bedingungen knapper Mehrheiten nicht die Abwesenheit einzelner Abgeordneter aus dienstlichen (Ministerpräsident muss im Bundesrat präsent sein) oder persönlichen Gründen (Krankheit, Trauerfall) zu zufälligen Abstimmungsergebnissen führt, die das Wahlergebnis nicht widerspiegeln. Liegt eine solche Abwesenheit etwa auf Seiten der die Regierung stützenden Fraktionen vor, enthält sich ein oder enthalten sich mehrere Abgeordnete der sich in der Opposition befindenden Fraktionen der Stimme, um das tatsächliche Stimmenverhältnis wiederherzustellen,

z.B. *Kubicki*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (13. Wahlperiode), 99. Sitzung, 8. September 1995, S. 6894.

Bisweilen werden diese Erklärungen von dem amtierenden Landtagspräsidenten als „persönliche Erklärung“ bezeichnet,

Fritzen zu der Erklärung von *Arp*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 93. Sitzung, 15. Juli 2015, S. 7904; s.a. *Schlie* zu der Erklärung von *Arp*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 105. Sitzung, 16. Dezember 2015, S. 8859,

allerdings wird das Wort in diesen Fällen typischerweise weder erst nach Schluss der Beratung zu dem fraglichen Gegenstand erteilt noch zu einer Richtigstellung oder zu einer Verteidigung gegen einen persönlichen Angriff genutzt (vgl. § 55 Abs. 1 LTGO SH), so dass es sich hier dann schlicht um die Falschbezeichnung einer Erklärung zur Abstimmung handelt.

7. Die „Erklärung zur Abstimmung“ des Antragstellers

Die durch den Antragsgegner mit einem Ordnungsruf geahndete Erklärung zur Abstimmung durch den Antragsteller entsprach in mehrfacher Hinsicht nicht den dargelegten Anforderungen der Geschäftsordnung.

a) Kein Anlass zu einer Erklärung zur Abstimmung

Zum einen hatte sich für den Antragsteller schon gar kein Anlass zu einer solchen Erklärung ergeben, so dass hier allein schon aus diesem Grunde ein Missbrauch dieses Instruments vorliegt. Das Abstimmungsverhalten des Antragstellers und seiner Fraktion hatte sowohl den entsprechenden Ankündigungen in den Medien als auch der von ihnen zu erwartenden politischen Haltung entsprochen. Der Antragsteller betont den politischen Kontext seines Abstimmungsverhaltens in der Antragsschrift ebenso wie den konstanten politischen Widerstand durch ihn und seine Fraktion gegen die dem Wahlvorschlag zugrundeliegenden Auswahlmechanismen für Führungspersonal,

S. 2 (Bezugnahme auf das Wahlprogramm der PIRATEN, die politischen Initiativen der Fraktion im Allgemeinen und die Pressemitteilungen anlässlich der Wahlen zum Landesverfassungsgericht und zum Landesrechnungshof).

Der Antragsteller hatte somit keinen Anlass, das Abstimmungsverhalten vor der Abstimmung zu erklären, weil es völlig vorhersehbar war.

Einen Anlass zu einer der Geschäftsordnung entsprechenden Erklärung zur Abstimmung hätte es für den Antragsteller lediglich dann gegeben, wenn er trotz seiner grundsätzlich ablehnen-

den Haltung gegenüber dem Wahlverfahren gleichwohl den vorgeschlagenen Kandidaten für den Landesrechnungshof gewählt hätte und dieses – überraschende – Verhalten begründen wollte. Das war aber nicht der Fall. Vielmehr hat sich der Antragsteller in jedweder Hinsicht erwartungsgemäß verhalten. Hierauf weist er selbst hin.

b) Kein Inhalt einer Erklärung zur Abstimmung

Zum andern – und dies ergibt sich nahezu zwangsläufig aus dem ersten Aspekt – hat der Antragsteller auch inhaltlich keine Erklärung seines Abstimmungsverhaltens abgegeben. Vielmehr hat er die Wahl des Vizepräsidenten nur zum Anlass genommen, um eine auf die Auswahl von Spitzenpersonal des Landes bezogene politische Rede zu halten. Dies wird an nahezu allen Aussagen des Beitrags deutlich,

alle Zitate: Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11341 f.

Nach einer kurzen Einleitung, die den Bogen von dem nach Ansicht des Antragstellers defizitären Auswahlverfahren zu der Ablehnung des Kandidaten schlägt, wendet sich die Rede erst den Aufgaben des Landesrechnungshofs, dann der Bedeutung der Qualifikation seiner Mitglieder, der Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung der dortigen Positionen, möglichen Eignungskriterien und dem persönlichen Hintergrund und Freundschaften des zur Wahl stehenden Kandidaten zu.

Auf eine Darstellung der aufgrund hoher Zustimmungserfordernisse notwendigen politischen Vorabereinigung auf Kandidaten folgt die allgemeine Aussage, dass „die höchsten Ämter in unserem Land“ (also offenbar auch andere Ämter als die im Landesrechnungshof, auf den sich die konkrete Wahl bezog) nicht im Wege des Parteienproporz aufgeteilt werden dürfen. Auch diese Aussage weist einen Bezug auf, der über die konkrete Wahlentscheidung hinausgeht und sich auf die Struktur der Auswahl von Spitzenpersonal des Landes im Allgemeinen bezieht.

Mit seinem Abschlusssatz gibt der Antragsteller dann endgültig jeden Bezug zu der konkreten Wahl auf, indem er einen Zusammenhang zwischen der Methode der Personalauswahl, einer allgemeinen Politikverdrossenheit und dem Erstarken rechtspopulistischer Politik herstellt. Dabei bezieht er sich sogar ausdrücklich auf die „vorangegangene Debatte“ und weist damit erneut auf die politische Diskussion unabhängig von dem konkreten Wahlvorgang hin.

Diese politische Abrechnung mit einem für verfehlt gehaltenen Muster der Personalauswahl in der parteienstaatlich geprägten parlamentarischen Demokratie wird durch die ausdrückliche

Ablehnung einer Bezugnahme auf die einschlägigen Pressemitteilungen noch unterstrichen. Zwar scheint der Antragsteller durch seine einleitende, eigentlich selbstverständliche Aussage: „Es gilt das gesprochene Wort“ gerade die allgemeine Aufmerksamkeit auf seinen Redebeitrag zu lenken und diesen als ausschließlich relevant unterstreichen zu wollen. Tatsächlich handelt es sich hierbei allerdings lediglich um ein rhetorisches Stilmittel, um die Aufmerksamkeit gerade noch einmal auf die fraglichen Pressemitteilungen zu lenken. Es war zu erwarten, dass jeder Zuhörer, der sie bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Kenntnis genommen hatte, dies nun spätestens jetzt nachholen würde. Hätte der Antragsteller tatsächlich gewünscht, dass die Zuhörer den Inhalt seiner Pressemitteilungen ausblenden und sich auf das gesprochene Wort konzentrieren, hätte er jene Mitteilungen gar nicht weiter erwähnt.

8. Irrelevanz der Maßstäbe für Plenardebatten wegen Verzichts auf Rederecht

Der Antragsteller setzt sich bei seinem schriftlichen Einspruch ebenso wie in seiner Antragschrift in erster Linie mit den Inhalten seiner Erklärung zur Abstimmung auseinander und nimmt dabei die Maßstäbe einer Plenardebatte für sich in Anspruch.

Dies geschieht allerdings fälschlicherweise.

Denn der Antragsteller kann sich aufgrund auch seiner Zustimmung zu der Entscheidung, dass eine Aussprache nicht stattfinden sollte, zumindest im Hinblick auf die hier gemachten inhaltlichen und nicht auf die Abstimmung bezogenen Äußerungen gerade nicht auf sein parlamentarisches Rederecht berufen, weil dieses zu diesem konkreten Zeitpunkt mangels einer Aussprache ihm ebenso wenig wie den anderen Abgeordneten zustand.

Selbst wenn der Antragsgegner durch seinen Ordnungsruf die Erklärung des Antragstellers zum Schutz der Rechte Dritter und des Ansehens des Parlaments sanktioniert hätte,

so die Behauptung des Antragstellers, Antragsschrift, S. 8 ff.,

wäre bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs aus diesem Grunde in die Überlegungen miteinzubeziehen, dass die Ausführungen des Antragstellers, die auf die besonderen Sitten und Ansprüche der parlamentarischen Diskussion und die dort auszuhaltenen Härten bei der Diskussion von Personen hinweisen, allesamt auf der Annahme beruhen, dass der Gescholtene in der Lage ist, sich auf Augenhöhe gegen entsprechende Anwürfe zur Wehr zu setzen. Dies aber war dem zur Wahl stehenden Kandidaten hier nicht möglich, da dieser zwar anwesend war,

vgl. die Begrüßung durch den Antragsgegner, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11341,

sich aber nur auf der Zuschauertribüne befand und der Antragsgegner ihm von dort aus unter keinen Umständen das Wort im Parlament zum Zwecke seiner Verteidigung im Rahmen einer Plenumssitzung des Landtags hätte erteilen können.

Die den Wahlvorschlag unterstützenden Abgeordneten hätten mangels einer Aussprache im Rahmen der Geschäftsordnung ebenfalls nicht reden und auf die Angriffe des Antragstellers reagieren können. Zwar hatte der Abgeordnete Kubicki Anstalten gemacht, das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung zu beantragen,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11342.

Aber er hat dann letztlich davon Abstand genommen und sich durch diese Zurückhaltung in dem Rahmen des Geschäftsordnungsrechts bewegt.

Dem Antragsteller ist aber nicht das Recht zuzubilligen, durch ein einseitiges Überschreiten des geschäftsordnungsrechtlichen Rahmens eine Plenardebatte zu initiieren, um ein parlamentarisches Rederecht in Anspruch zu nehmen, auf das er und alle anderen Abgeordneten zuvor verzichtet hatten.

9. Zwischenergebnis

Der Antragsteller hat durch sein Verhalten gegen die Regeln der Geschäftsordnung verstoßen, indem er, obwohl eine Aussprache nicht vorgesehen war, eine inhaltliche Erklärung abgegeben und sich dabei eines Instruments der Geschäftsordnung auf sachwidrige Weise bedient hat. So hat er sich mangels Rederechts entgegen der entsprechenden Vereinbarung und der entgegen der festgestellten Tagesordnung verhalten. Hierdurch hat er sich sowie seiner Fraktion einen gegenüber den anderen Abgeordneten und Fraktionen ungerechtfertigten Vorteil durch die rechtswidrige Usurpation von Redezeit verschafft.

II. Anwendung und Durchsetzung der Regeln der Geschäftsordnung

Die hier verletzten Regeln der Geschäftsordnung, die die Einbettung des einzelnen Abgeordneten in das Gesamtorgan organisieren und damit die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichern,

sind mittels des Ordnungsrufs durch den Antragsgegner in rechtmäßiger Weise gegenüber dem Antragsteller durchgesetzt worden.

1. Disziplinalgewalt des Landtagspräsidenten

Der Präsident führt die Geschäfte des Landtags, zu denen auch die Durchsetzung der Regeln in Form der Ordnungs- oder Disziplinalgewalt gehört (vgl. §§ 65 ff. LTGO SH). Das parlamentarische Disziplinar- und Ordnungsrecht bietet dem Landtagspräsidenten eine Grundlage, um einen geordneten, den Regeln der Geschäftsordnung entsprechenden Sitzungsablauf zu gewährleisten.

2. Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs

a) Anwendung von § 66 Abs. 1 LTGO SH

Nach § 66 Abs. 1 LTGO SH „wird“ der Abgeordnete, der „die Ordnung“ verletzt von dem Präsidenten „zur Ordnung“ gerufen. Der Begriff der Ordnung umfasst unter anderem die Wahrung der Disziplin in den Sitzungen,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 53,

die nur dann gewährleistet ist, wenn die Redeordnung ebenso wie Verabredungen zur Tagesordnung eingehalten wird. Ordnungsmaßnahmen sollen Verstößen gegen die Geschäftsordnung entgegenwirken,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 54.

Die parlamentarische Redeordnung, gegen die der Antragsteller mit seiner Erklärung zur Abstimmung verstoßen hatte, ist somit Schutzgegenstand der präsidentiellen Disziplinalgewalt,

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 56.

Ob sich der Redner außerhalb des Rahmens einer Erklärung zur Abstimmung bewegt, hat der Landtagspräsident festzustellen. Er hat es dabei in der Hand, den Erfordernissen der konkreten Situation durch Nutzung seines Gestaltungsspielraums gerecht zu werden,

Köhler, Die Rechtsstellung der Parlamentspräsidenten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben im parlamentarischen Geschäftsgang (2000), S. 185.

Bei der Frage, ob ein zu ahndender Ordnungsverstoß vorliegt, gewinnen insbesondere der Ablauf und die kaum replizierbare Atmosphäre der jeweiligen Landtagssitzung Bedeutung,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 60.

Wenn der Landtagspräsident feststellt, dass sich ein Abgeordneter nicht an den von der Geschäftsordnung vorgegebenen inhaltlichen Rahmen einer Erklärung zur Abstimmung hält, stehen ihm Instrumente für die Aufrechterhaltung der Rededisziplin zur Verfügung,

Winkelmann, in: Ritzel/Bücker/Schreiner/ders. (Hrsg.), Handbuch für die Parlamentarische Praxis (Loseblatt, Stand des Gesamtwerks: 2016), § 31 I (1) (c) für die insoweit identische Rechtslage im Bundestag.

Anders als in anderen Bundesländern deutet die Formulierung von § 66 Abs. 1 LTGO SH darauf hin, dass dem Landtagspräsidenten nach Feststellung der Ordnungsverletzung,

Nachweise bei *Köhler*, Die Rechtsstellung der Parlamentspräsidenten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben im parlamentarischen Geschäftsgang (2000), S. 195,

kein Ermessensspielraum zusteht, ob er einen Ordnungsruf erteilt oder unterlässt.

Nach Feststellung eines Verstoßes gegen die Geschäftsordnung stehen dem Präsidenten für ein Eingreifen mehrere Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung. Er ist dabei nicht gehalten, das mildeste Mittel anzuwenden,

Schürmann, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Parlamentsrecht (2016), § 20 Rn. 64; VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 62.

Im Rahmen des Organstreits kann das Landesverfassungsgericht angesichts der verfassungsrechtlich begründeten Parlamentsautonomie seine Überprüfung nur unter Beachtung des dem Landtagspräsidenten zustehenden Beurteilungsspielraums bei der Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung durchführen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erklärung des Antragstellers eben gerade nicht auf der Grundlage seines parlamentarischen Rederechts, nämlich im Rahmen einer Plenardebatte, erfolgte. Die entsprechenden verfassungsgerichtlichen Ausführungen zu der Bedeutung des Rederechts für die parlamentarische Demokratie und der daraus abzuleitende besondere Schutz dieses Rechts,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 55, 58; VerfG Mecklenburg-Vorpommern, z.B. Urteil vom 25. Juni 2015 – 10/14, Rn. 120 ff.,

sind damit für den vorliegenden Antrag ebenso wenig von Bedeutung wie die Ausrichtung des verfassungsgerichtlichen Kontrollmaßstabs an der Frage, ob der Anlass des Ordnungsrufs mit dem Inhalt eines Redebeitrags zusammenhängt,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris, Rn. 58.

Der Antragsgegner nahm in dem vorliegenden Zusammenhang nicht den Inhalt als solchen zum Anlass für den Ordnungsruf, sondern vielmehr den Umstand, dass die Äußerung zur falschen Zeit, unter falschem Vorzeichen und damit unter gleichheitswidriger Inanspruchnahme von Redezeit wegen seines Verhaltens, erfolgte.

In den Fällen, in denen sich Verfassungsgerichte mit Ordnungsrufen wegen inhaltlicher Beanstandungen von Redebeiträgen zu befassen haben und deren Aussagen der Antragsteller zur Rechtfertigung des Inhalts seiner Rede zum Teil heranzieht, erfolgten die streitbefangenen Redebeiträge im Rahmen parlamentarischer Aussprachen – also genau in dem Zusammenhang, in dem das Parlament als Forum von Rede und Gegenrede,

BVerfGE 10, 4 (13),

als Ort politischer Auseinandersetzung fungiert,

siehe z.B. die Entscheidungen des VerfGH Sachsen (alle juris), Urteil vom 30. September 2014 – Vf. 48-I-13; Beschluss vom 20. Juli 2012 – Vf. 26-I-12; Urteile vom 3. November 2011 – Vf. 30, 31 und 35-I-11; Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 77-I-10; Urteile vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12, 16 und 17-I-10, sowie des VerfG Mecklenburg-Vorpommern, z.B. Urteil vom 25. Juni 2015 – 10/14 m.w.N.

In all diesen Fällen wird der besondere Schutz des parlamentarischen Rederechts bedeutsam, denn wann und wo sollten auch abweichende politische Ansichten besser geäußert werden

können? Der besondere Schutz des Inhalts eines Debattenbeitrags entfaltet sich aber eben gerade erst dann, wenn er in dem von der Geschäftsordnung gesetzten Rahmen geäußert wird.

Vorliegend dient der Ordnungsruf indes der Möglichkeit gleichmäßiger Wahrnehmung des Rederechts durch alle Abgeordneten und soll damit zugleich verhindern, dass diejenigen, die sich den Regeln der Geschäftsordnung und den entsprechenden Vereinbarungen, dass eine Aussprache nicht stattfinden soll, unterwerfen, keinen Nachteil bei dem Wettbewerb um politische Aufmerksamkeit erleiden.

Der Antragsgegner schloss durch seinen Ordnungsruf nicht bestimmte Meinungen und Äußerungen grundsätzlich aus dem parlamentarischen Diskurs aus, sondern er sorgte allein dafür, dass diese sich nur am rechten Ort und zur rechten Zeit Gehör verschaffen. Es sollte eben gerade zu genau diesem Zeitpunkt – mit Zustimmung des Antragstellers und seiner Fraktion – keine parlamentarische Aussprache stattfinden.

Dies aber präkludierte den Antragsteller unter keinem Gesichtspunkt, sein politisches Anliegen außerhalb des Wahlvorgangs auf die Tagesordnung des Parlaments setzen zu lassen – ggfs. sogar anlässlich eines Gesetzentwurfs, der die seiner Ansicht nach bestehenden Missstände hätte beseitigen können. Die Fraktion des Antragstellers hat in der aktuellen Wahlperiode drei Gesetzentwürfe eingebracht, in denen sie ihre Vorstellungen zur Wahl herausgehobener Funktionsträger im Land deutlich gemacht hat,

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts (LT-Drucks. 18/1445), Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz (LT-Drucks. 18/1472), Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofs (LT-Drucks. 18/1480).

Zu sämtlichen Entwürfen hat es sowohl in erster wie in zweiter Lesung eine Plenardebatte gegeben, in der die Fraktion des Antragstellers einen Debattenbeitrag leisten konnte und auch geleistet hat,

gemeinsame Aussprache der drei Entwürfe in erster Lesung in der 47. Sitzung der 18. Wahlperiode, 24. Januar 2014, Plenarprotokoll S. 3817; zweite Lesung in der 60. Sitzung der 18. Wahlperiode, 18. Juni 2014 – Datenschutzbeauftragter –, Plenarprotokoll S. 4856, 4899; in der 136. Sitzung der 18. Wahlperiode, 15. Dezember 2016 – Landesverfassungsgericht –, Plenarprotokoll S. 11360, 11404; in der 141. Sitzung

der 18. Wahlperiode, 23. Februar 2017 – Landesrechnungshof – Plenarprotokoll S. 11804, 11833.

In der Tagung, in der dem Antragsteller der Ordnungsruf erteilt wurde, stand mithin der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts auf der Tagesordnung. Der Antragsteller wusste zu dem Zeitpunkt, als er seine Erklärung zur Abstimmung anlässlich der Wahl eines Mitglieds des Landesrechnungshofs abgab, dass er am nächsten Tag Gelegenheit haben würde, seine Vorstellungen über die Wahl hoher Funktionsämter im Lande in einem regulären Debattenbeitrag mitzuteilen. Zudem war absehbar, dass auch der Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofs in Kürze im Plenum in zweiter Lesung beraten werden würde,

dies erfolgte dann am 23. Februar 2017; Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode), 141. Sitzung, S. 11828.

Der Antragsteller war also keineswegs darauf angewiesen, die Erklärung zur Abstimmung anlässlich des konkreten Wahlvorganges zu zweckentfremden, um die entsprechenden politischen Vorstellungen im Parlament deutlich zu machen.

Ordnungsrufe können nicht nur aus inhaltlichen Gründen wegen konkreter Äußerungen, sondern auch wegen des „Verhaltens“ eines Abgeordneten erteilt werden. Dies ist in dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in der Vergangenheit bereits geschehen, nachdem in der Geschäftsordnung vorgesehene Äußerungsbefugnisse zweckentfremdet worden waren,

so z.B. der Wortentzug durch den damaligen Präsidenten *Kayenburg* gegenüber der Abgeordneten *Heinold*, Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (16. Wahlperiode), 72. Sitzung, 21. November 2007, S. 5177, oder auch der Wortentzug *Kayenburgs* gegenüber dem Abgeordneten *Hentschel*, weil dieser nicht zur Geschäftsordnung, wozu ihm das Wort erteilt war, gesprochen, sondern die Abstimmung kommentiert hatte (Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (16. Wahlperiode), 36. Sitzung, 30. Juni 2006, S. 2559).

b) Keine Zweckentfremdung des Ordnungsrufs

Etwas anderes geht auch nicht aus der mündlichen Begründung des Ordnungsrufs durch den Antragsgegner hervor. Der Antragsteller geht sowohl in der Begründung seines Einspruchs nach § 66 Abs. 2 LTGO SH,

LT-Drucks. 18/5053, S. 3 ff.

als auch in seiner Antragsschrift,

Antragsschrift, S. 7 ff., 10 f.,

davon aus, dass ihm der Ordnungsruf wegen eines vom Antragsgegner und den meisten übrigen Abgeordneten als anstößig empfundenen Inhalts und insbesondere wegen seiner als herabwürdigend empfundenen Äußerungen über den zur Wahl stehenden Kandidaten erteilt worden ist.

Für diese Ansicht kann die mündliche Begründung des Ordnungsrufs durch den Landtagspräsidenten,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode),
135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11341,

nur begrenzt herangezogen werden, da dem situativen Charakter der mündlichen Rede und der Notwendigkeit einer zeitnahen Reaktion des Präsidenten hinreichend Rechnung zu tragen ist,

VerfGH Sachsen, Urteil vom 3. Dezember 2010 – Vf. 12-I-10 –, juris,
Rn. 55.

Insoweit sind zunächst die Mitteilungen des Antragsgegners vor der Worterteilung zu berücksichtigen. Hier bezieht sich der Antragsgegner zwar tatsächlich auf die einschlägige Pressemitteilung des Antragstellers vom gleichen Tag und fordert den Antragsteller auf, sich für deren Inhalt bei dem Kandidaten zu entschuldigen. Allerdings kann diese Aussage noch nicht als Begründung für den Ordnungsruf herhalten, da dieser zu diesem Zeitpunkt noch nicht erteilt war.

Die notwendigerweise situative kurze Begründung des Ordnungsrufs leitet der Antragsgegner dann mit den Worten ein: „Ich halte dies für keine Erklärung, die ausschließlich zur Abstimmung erfolgt ist, ...“,

Plenarprotokoll Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. Wahlperiode),
135. Sitzung, 14. Dezember 2016, S. 11342.

Mit dieser Einleitung macht der Antragsgegner deutlich, dass er durch den Ordnungsruf den Missbrauch eines Instruments der parlamentarischen Redeordnung beanstandet. Dabei greift er einen einzelnen inhaltlichen Aspekt der Erklärung heraus, anhand dessen deutlich wird,

dass der Antragsteller eben gerade nicht zur Abstimmung, sondern über andere Gesichtspunkte der Wahl gesprochen hat. Der Antragsgegner macht durch seine Bezugnahme auf tatsächlich oder vermeintlich betroffene Persönlichkeitsrechte deutlich, dass die Rede unzulässige, weil nicht auf den Abstimmungsvorgang bezogene oder durch diesen veranlasste Inhalte aufwies.

Der dann folgende Absatz, der eine inhaltliche Distanzierung von der Beurteilung des Kandidaten enthält, gehört nicht zu der Begründung des Ordnungsrufs, sondern stellt ebenso wie die in einem Zusammenhang hiermit stehende Entschuldigung im Namen des Hauses wenige Augenblicke später eine persönliche Stellungnahme des Antragsgegners dar, die diesem aufgrund seiner Repräsentationsfunktion als Landtagspräsident im Zusammenhang mit der Leitung der Beratung jederzeit zusteht.

Dass der Antragsgegner die Pressemitteilung des Antragstellers in die Begründung des Ordnungsrufs miteinbeziehen konnte, rechtfertigt sich aufgrund der mittelbaren Einbeziehung dieser Pressemitteilung durch den Antragsteller selbst, wodurch dieser seinerseits Gegenstand und Inhalt der angeblichen Erklärung zur Abstimmung erweitert hat. Aus diesem Grunde war es entgegen der Ansicht des Antragstellers,

Antragsschrift, S. 11,

unschädlich, dass der Landtagspräsident bei der mündlichen Begründung des Ordnungsrufs den Inhalt der Pressemitteilung, der ebenfalls nicht als Element einer Erklärung zur Abstimmung taugte, miteinbezogen hat. Es wurde durch den Ordnungsruf nicht die Pressemitteilung sanktioniert,

so aber die Antragsschrift, S. 8,

sondern vielmehr wurde diese als Kontext für das Verhalten des Antragstellers herangezogen, bei dem es diesem gerade um die Vermittlung seiner auch in der Pressemitteilung deutlich gewordenen politischen Position und eben nicht um eine Erklärung zur Abstimmung ging.

c) Schriftliche Begründung des Antragsgegners

Angesichts der situativ gebundenen Ereignisse im Plenum ist vor allem die schriftliche Begründung der Nichtabhilfe des Antragsgegners zu dem Einspruch des Antragstellers von Bedeutung,

LT-Drucks. 18/5053.

Hier legt der Antragsgegner deutlich den Missbrauch des Instruments der Erklärung zur Abstimmung dar. Es liegt auf der Hand, dass diese schriftliche und mit zeitlichem Abstand formulierte Entscheidung des Antragsgegners differenzierter und präziser ausfällt als eine nur kursorische mündliche Begründung „im Eifer des Gefechts“.

Da aber der Antragsgegner bereits in der Landtagssitzung selbst deutlich gemacht hatte, dass der Formmissbrauch und der damit einhergehende Verstoß gegen die Einigung, eine Aussprache nicht stattfinden zu lassen, Anlass für den Ordnungsruf ist, liegt in der schriftlichen Begründung der Nichtabhilfeentscheidung auch kein „Nachschieben“ von Gründen oder gar das Austauschen einer Begründung, wie dies durch den Antragsteller insinuiert wird,

Antragsschrift, S. 11.

Zum einen sind mündliche und schriftliche Begründung hinsichtlich ihrer jeweiligen Umstände und der jeweils zu stellenden Anforderungen an inhaltliche Präzision nicht miteinander zu vergleichen und die Bezugnahme auf den geschäftsordnungswidrigen Formenmissbrauch bei der mündlichen Begründung wurde hier bereits dargelegt. Zum andern bleibt die Behauptung des Antragstellers, dass ein solches „Nachschieben“ unzulässig wäre,

Antragsschrift, S. 11,

unbegründet und ist auch nicht nachweisbar. In den (allerdings kaum vergleichbaren) Bereichen des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts, in denen diese Frage diskutiert wird, begegnet das Nachschieben von ergänzenden Ermessenserwägungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren jedenfalls keinen verfassungsrechtlichen Bedenken,

BVerwGE 106, 351 (363 ff.); NVwZ-RR 2010, S. 550 f.

d) Keine Verwirkung

Eine von dem Antragsteller geltend gemachte „Verwirkung“ parlamentarischer Sanktionsbefugnisse,

Antragsschrift, S. 12,

liegt nicht vor.

Das Institut der Verwirkung erlangt typischerweise im Privatrechtsverkehr oder zum Schutz von Grundrechten Bedeutung, so dass sich bereits die Frage nach seiner Relevanz im Verhältnis von Verfassungsorganen stellt. Dass der Antragsgegner dem Antragsteller in Kenntnis von

dessen Pressemitteilung das Wort erteilt hat, ohne ihn schon vor der Worterteilung darauf hinzuweisen, dass die entsprechenden Ausführungen über eine Erklärung zur Abstimmung hinausgehen, würde auch nicht zu einer Verwirkung führen.

Zum einen können Handlungen, die zu einer Verwirkung führen, zeitlich erst nach dem Bezugspunkt der Verwirkung (hier: nach dem geschäftsordnungswidrigen Verhalten) einsetzen. Der Antragsteller leitet eine Verwirkung aber aus Äußerungen des Antragsgegners ab, die dieser vor seiner Erklärung getan hat. Ist aber Verwirkung eine illoyale Verspätung der Rechtsausübung,

BGHZ 105, 290 (298),

hätte der Antragsgegner nach der Sichtweise des Antragstellers diese nur vermeiden können, indem er ihm gleichsam ex-ante einen Ordnungsruf erteilt. In der parlamentarischen Praxis sind Erklärungen zur Abstimmung von Debattenbeiträgen, die außerhalb einer Aussprache unzulässig sind, zu Beginn eines Beitrags oftmals schwer voneinander zu unterscheiden, so dass der amtierende Landtagspräsident oftmals gezwungen ist, eine Erklärung zunächst einmal eine Zeitlang anzuhören, bevor er einschreitet, weil der zulässige inhaltliche Rahmen überschritten wird,

Winkelmann, in: Ritzel/Bücker/Schreiner/ders. (Hrsg.), Handbuch für die Parlamentarische Praxis (Loseblatt, Stand des Gesamtwerks: 2016), § 31 I (1) (c) für die insoweit identische Rechtslage im Bundestag.

Zum andern kann eine nach der Geschäftsordnung zwingende Worterteilung für eine Erklärung zur Abstimmung dem Antragsgegner nicht als Verzicht auf spätere Sanktionen ausgelegt werden, wenn die Erteilung des Worts zu sachfremden Zwecken missbraucht wird – zumal der Antragsgegner den Antragsteller deutlich vor einer inhaltlichen Stellungnahme warnt. Man mag sich allerdings die Reaktion des Antragstellers vorstellen, wenn der Antragsgegner ihm aufgrund einer vagen Vorahnung den Inhalt der Stellungnahme betreffend das Wort verweigert hätte.

Der Sache nach scheint der Antragsteller eher eine Fürsorgepflicht des Antragsgegners anzunehmen, ihn vor geschäftsordnungswidrigem Verhalten zu bewahren. Zum einen ist aber die Existenz einer solchen Pflicht gegenüber einem nun bereits mehrere Jahre als Abgeordneten tätigen Volljuristen fraglich, zum andern hätte sich die Ausübung einer solchen Fürsorgepflicht auch gegen bewussten Wunsch nach politischer Aufmerksamkeit wohl kaum durchsetzen können.

Soweit der Antragsteller eine Verwirkung daraus abzuleiten versucht, dass grobe Angriffe auf seine Person nicht ebenfalls durch Ordnungsrufe sanktioniert wurden,

Antragsschrift, S. 10,

steht ihm – die Ahndungswürdigkeit dieser Angriffe unterstellt – ein Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht nicht zu.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den in Bezug genommenen Äußerungen Dritter eben gerade um Beiträge im Rahmen parlamentarischer Aussprachen handelte, an die die vom Antragsteller selbst dargelegten großzügigeren Maßstäbe anzulegen sind.

Auch der Hinweis auf die fehlende Sanktionierung der eigenen Pressemitteilung des Antragstellers,

Antragsschrift, S. 10.

verfängt nicht, weil es dem Landtagspräsident wohl kaum möglich sein dürfte, diese allein und ohne Bezugnahme in einem parlamentarischen Redebeitrag zum Gegenstand eines Ordnungsrufs zu machen.

B. Ergebnis

Der Antragsgegner hat die hier dargelegten Anforderungen an die rechtmäßige Erteilung eines Ordnungsrufs in dem vorliegenden Fall erfüllt: Er hat in voller Kenntnis des Sachverhalts rechtsfehlerfrei ein gegen die Geschäftsordnung verstoßendes Verhalten des Antragstellers geahndet.

Diesem stand das parlamentarische Rederecht, das möglicherweise hätte verletzt werden können, gar nicht erst zu, da er bei Feststellung der Tagesordnung wirksam auf dieses Recht verzichtet hatte.

Anhaltspunkte für ein Überschreiten des dem Präsidenten zustehenden Beurteilungsspielraums bei der Feststellung der Rechtsverletzung, der Anwendung der Ermächtigungsgrundlage und der Festlegung der Rechtsfolge sind nicht ersichtlich. Die erforderlichen Verfahrensvorschriften wurden eingehalten.

Daher hat der Antragsgegner rechtmäßig gehandelt; Rechte des Antragstellers sind durch den Ordnungsruf nicht verletzt, so dass der Antrag zurückzuweisen ist.

Professor Dr. Florian Becker

Beleg Nr. 1

Vollmacht

Hiermit wird

Herrn Prof. Dr. Florian Becker



24229 Dänischenhagen

von

dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

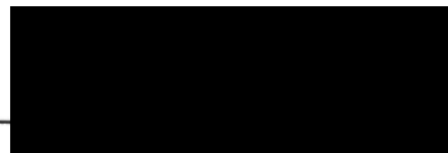
Prozessvollmacht gemäß § 19 LVerfGG SH erteilt zur Vertretung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und zugleich zur Vertretung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in dem Organstreitverfahren des Abgeordneten

Dr. Patrick Breyer, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

(Az. LVerfG 1/17) gegen den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages wegen des Ordnungsrufs in der 48. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 14.12.2016.

Kiel, 22. Februar 2017

i.V.



Landtagsdirektor